

Vorab-Stellungnahme zur Fortschreibung der deutschen Rohstoffstrategie

Der deutsche Erdüberlastungstag fand in diesem Jahr bereits Anfang Mai statt. Würden alle Staaten der Welt so wirtschaften wie Deutschland, bräuchte die Menschheit drei Erden, um ihren Rohstoff- und Ressourcenverbrauch zu decken. Darüber hinaus tragen deutsche Unternehmen durch den Bezug von Rohstoffen weltweit zu Umweltzerstörung und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen bei. Der Abbau von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft führt außerdem zu einem enormen Flächen- und Ressourcenverbrauch. All dies zeigt die dringende Notwendigkeit einer Rohstoffwende. Aus diesem Grund muss das vorrangige Ziel einer Neuauflage der deutschen Rohstoffstrategie Nachhaltigkeit und nicht Versorgungssicherheit sein. Um eine gerechte Verteilung der vorhandenen Rohstoffe sicherzustellen, muss eine konsequente Suffizienzstrategie elementarer Bestandteil der deutschen Rohstoffstrategie werden. Dafür braucht es eine absolute Reduktion des deutschen Rohstoffverbrauchs mit klar definierten Reduktionszielen und entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung. Damit einher geht eine tiefgreifende Änderung der export- und wachstumsorientierten Produktions- und Konsummuster. Der Fokus der Fortschreibung der deutschen Rohstoffstrategie darf nicht auf der Erschließung neuer Rohstoffquellen liegen, sondern muss eine konsistente und konsequente Ausweitung des Recyclings und der Kreislaufwirtschaft beinhalten.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 hingegen stellt die Sicherung von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft, durch Handels- und Außenwirtschaftsmaßnahmen vor den Natur- und Umweltschutz. Priorität hatte der Abbau aller Handelsbeschränkungen im Rohstoffhandel und die Förderung deutscher Investitionen. Mögliche Konflikte mit Nachhaltigkeitszielen sowie ein klarer Vorrang von Umweltschutz und Menschenrechten vor Wirtschaftsinteressen wurden nicht formuliert. Dieser Fehler darf nicht erneut gemacht werden.

Menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten

Die deutsche Rohstoffstrategie sollte sich dafür einsetzen, dass deutsche Unternehmen durch ein nationales Gesetz verpflichtet werden, menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten einzuhalten. Nur so kann ein Mindestmaß an ökologischen und sozialen Standards im rohstoffgewinnenden Sektor gewährleistet werden. In Frankreich besteht ein solches Gesetz bereits seit 2017. Die Bundesregierung sollte sich in einem nächsten Schritt auf europäischer Ebene für ein solches Sorgfaltspflichtengesetz einsetzen. Außerdem muss die Weiterentwicklung der Rohstoffstrategie sich für die Unterstützung des UN-Abkommens für Wirtschaft und Menschenrechte aussprechen, das zurzeit in einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe im UN-Menschenrechtsrat verhandelt wird.

Handels- und Investitionsschutzabkommen

Die Weiterentwicklung der deutschen Rohstoffstrategie muss außerdem konsequent darlegen, dass Staaten nicht über Handels- und Investitionsschutzabkommen in ihrer Fähigkeit eingeschränkt werden dürfen, Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls zu erlassen. So müssen rohstoffreiche Staaten die Möglichkeit haben, Exportzölle zu erheben sowie die Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsauflagen im Bergbau zu erhöhen. Zusätzlich müssen Umwelt- und Sozialstandards verbindlich und sanktionsfähig in Handelsabkommen verankert werden. Die Paralleljustiz der Investor-Staat-Schiedsgerichte, vor denen Investoren Staaten verklagen können, sollte im Rahmen einer weiterentwickelten Rohstoffstrategie abgelehnt werden, da dies dem Umweltschutz weltweit entgegensteht. Investor-Staat-Schiedsgerichte werden wie im Fall der rumänischen Goldmine in Roșia Montană häufig von Bergbauunternehmen genutzt, um umstrittene Projekte durchzusetzen. Auch dem Vorschlag der Europäischen Union zu einem multilateralen Investitionsschiedsgerichtshof sehen wir skeptisch, da Investoren hier einseitig Sonderrechte erhalten, während Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch Unternehmen z.B. im Rohstoffbereich faktisch in vielen Fällen keinen Zugang zu Recht bekommen.

Außenwirtschaftsförderung

Als ein Instrument in der Außenwirtschaftsförderung unterstützt die Bundesregierung mit Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK) insbesondere Rohstoffprojekte. Laut Bundesregierung erfolgt eine Prüfung der Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsaspekte bei UFK – analog zum Bereich der Exportkreditgarantien – internationalen Standards. Allerdings ist hier nur die Einhaltung der Standards des Projektlandes durch das zu deckende Projekt zwingend erforderlich. Daneben wird jedes Projekt laut Bundesregierung einem Screening und einer Kategorisierung gemäß den Common Approaches unterzogen. Für die abschließende Bewertung der Förderungswürdigkeit werden laut Bundesregierung anschließend die Vorgaben der IFC Performance Standards zugrunde gelegt. Es gibt jedoch keine ausreichende Transparenz über diese Verfahren. Dies muss in einer Weiterentwicklung der Rohstoffstrategie unbedingt geändert werden. Darüber hinaus muss auch für Exportkreditgarantien sowie Investitionsgarantien verbindlich sichergestellt werden, dass sie nicht zu Umweltzerstörung sowie Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen beitragen.

Rohstoffpartnerschaften

Deutsche Rohstoffpartnerschaften sollten dazu genutzt werden, strukturell die Bedingungen im Bergbausektor zu verbessern. In bestehenden Partnerschaften wird zwar auf Umwelt- und Sozialstandards verwiesen. Diese sind jedoch nicht mit konkreten Maßnahmen beschrieben, die insbesondere die Zivilgesellschaft vor Ort in diesen Prozess involvieren. Dies sollte im Rahmen einer Fortschreibung der Rohstoffstrategie umgesetzt werden.

Klimaschutz

Laut Bundesregierung hat die Gewinnung und Nutzung von Rohstoffen großen Einfluss auf die Emission von Treibhausgasen, u.a. durch den hohen Energiebedarf bei der Rohstoffgewinnung. Dies ist ein weiterer Grund, warum eine absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs als Ziel angestrebt werden muss. Hierfür braucht es klare, auf ihren Erfolg hin überprüfbare Zielzahlen und Instrumente, um diese zu erreichen. Darüber hinaus sollte die Fortschreibung der Rohstoffstrategie in diesem Zusammenhang konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz bei der Gewinnung und Nutzung von Rohstoffen enthalten.

Risikotechnologie Tiefseebergbau

Die Tiefsee gehört zu den letzten vom Menschen weitgehend unberührten und unerforschten Ökosystemen der Erde. Doch mit der weltweit steigenden Suche nach neuen Rohstoffquellen rücken die mineralischen Rohstoffe der Tiefsee in Manganknollen, poly-metallischen Krusten und Massivsulfiden

zunehmend in den Fokus. Aktuell sind zahlreiche Explorations- und Forschungsprojekte zum Einstieg in den Tiefseebergbau in Planung. Ohne Wissen über diese Ökosysteme sowie über ihre Bedeutung für globale Prozesse ist die Rohstoffförderung in der Tiefsee nicht zu verantworten. Der Tiefseebergbau birgt enorme ökologische Risiken, da eine große Anzahl der ältesten und sensibelsten Ökosysteme der Erde negativ beeinflusst oder dauerhaft zerstört werden würde. Deshalb sollte die Fortschreibung der Rohstoffstrategie sich klar gegen Tiefseebergbau positionieren. Ähnlich kritisch sind Bestrebungen zum Weltraumbergbau zu bewerten.

Rohstoffgewinnung in Deutschland

Auch wenn Deutschland einen Großteil seines Rohstoffbedarfs importiert, werden neben der Braunkohle zahlreiche mineralische Rohstoffe wie Sand und Kies, Kalkstein, Kochsalz und Kali in großen Mengen in Deutschland abgebaut. Auch wenn die Rohstoffe hierzulande nicht als knapp gelten, führt ihr Abbau doch zu erheblichen Eingriffen in die Landschaft und zur Gefährdung wichtiger Ökosysteme. Der Sand- und Kiesabbau in der Nordsee deckt beispielsweise 15 Prozent des bundesweiten Bedarfs. Beim Abbau von Sand und Kies werden Teile von Sandbänken oder gleich gesamte Sandbankhabitate mit allen Lebewesen, die dort vorkommen, dem Meer entnommen. Dabei tragen Saugbaggerschiffe den Boden oft metertief ab. Dies führt zu erheblichen Problemen. Auch der Kalibergbau an Werra und Weser ist mit drastischen Folgen für die Umwelt behaftet. Dadurch, dass über 70 Prozent der abgebauten Salze als Abfall gelten, türmen sich in der Region bis zu 200 Meter hohe Abraumhalden. Die gelösten Abfallsalze werden aktiv in die Werra eingeleitet und Salzabwässer in den tiefen Untergrund verpresst. Daraus resultieren Schäden an Grund und Oberflächengewässern, fragile Süßwasserökosysteme werden zerstört und die Trinkwassergewinnung gefährdet.

Diese Beispiele zeigen, dass auch in Deutschland der Fokus keinesfalls auf der reinen Versorgungssicherheit liegen darf. Vielmehr muss es darum gehen, unseren Rohstoff- und Ressourcenverbräuche absolut zu reduzieren. Dies beinhaltet auch die explizite Berücksichtigung der ebenfalls betroffenen elementaren Ressourcenbereiche Wasser, Land und Biodiversität. Es bedarf kurzfristig der Etablierung von weitreichenden Circular Economy Konzepten welche z.B. organisierte Kaskadennutzung und optimierte Kreislaufführung beinhalten.

Ökologische Steuerreform

Um den Rohstoffverbrauch absolut zu senken, bedarf es einer ökologischen Steuerreform. Diese könnte aus den folgenden Elementen bestehen:

I. Primärbaustoffsteuer

Das Ziel der Steuer ist eine Verteuerung der Primärbaustoffe im Vergleich zu recycelten Sekundärrohstoffen. Für eine Besteuerung von Rohstoffen würden sich insbesondere mineralische Primärbaustoffe (Kies, Sand, Naturstein etc.) anbieten, da diese weniger international gehandelt werden. So wird eine Primärbaustoffsteuer kaum zu Ausweichbewegungen oder Marktverzerrungen führen.

II. Materialinputsteuer

Wird die Menge betrachtet, stellen mineralische Baustoffe zwar den größten Stoffstrom dar. Bei einer Besteuerung mineralischer Baustoffe werden metallische Rohstoffe und ihre schwerwiegenden ökologischen Auswirkungen weltweit jedoch nicht erfasst. Deshalb sollte der gesamte Ressourcen- und Umweltverbrauch einer Volkswirtschaft durch eine Materialinputsteuer besteuert werden, um so zu einer absoluten Reduktion der gesellschaftlichen Stoffströme zu führen. Abgesehen von mineralischen

Baustoffen, werden die meisten Rohstoffe nach Deutschland importiert. Deshalb sollte es bei einer Materialinputsteuer einen Grenzausgleich geben und auf längere Sicht europäische bzw. internationale Lösungen angestrebt werden.

Postwachstum, Circular Economy und Öko-Design

Die vorherrschende, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ist blind gegen die Probleme einer nicht nachhaltigen Ressourcennutzung. Das ressourcenintensive Wirtschaftsmodell Deutschlands kann, unter Berücksichtigung von globaler und intertemporaler Gerechtigkeit und der Einhaltung der planetaren Grenzen, so jedoch nicht fortgeführt oder ausgebaut werden. Das heißt, es braucht eine tatsächliche Nachhaltigkeitsstrategie, die sich nicht auf das Drei-Säulen-Modell beschränkt und erst recht nicht Wirtschafts- und Handelsmaßnahmen nachgeordnet ist.

Die wichtigste Strategie zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit kann nur ein konsistenter Ausbau der Kreislaufwirtschaft sein. Es muss dafür gesorgt werden, dass der Einsatz von Sekundärrohstoffen in allen Bereichen so hohe Raten wie z.B. bei Glas, erreicht. Aber auch die Recyclingquoten allein sind kein guter Indikator für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und hohe Recyclingquoten können die steigende Rohstoffnachfrage bei anhaltendem Wirtschaftswachstum nicht abdecken. D.h. echte Kreislaufwirtschaft braucht mehr als Recycling. Wichtig sind verbindliche Ziele und ein Fokus auf Aspekte der Abfallvermeidung. Neben der abfallseitigen Betrachtung geht es insbesondere darum, durch intelligentes Öko-Design Produkte so zu konzipieren, dass sie wenig Energie verbrauchen und einfach repariert und recycelt werden können. Die neue Rohstoffstrategie sollte einen Fokus darauf haben, dies in Zukunft verbindlich festzuschreiben bzw. die Gründe zu analysieren warum die bestehenden Richtlinien nicht die erfordernten Effekte haben und welche Governance-Instrumente nötig wären.

Das heißt, es braucht ein funktionierendes Öko-Design, organisierte Kaskadennutzung von Rohstoffen und Kreislaufführung. Darüber hinaus sollten Maßnahmen gegen Rohstoffverschwendung, geplante Obsoleszenz und Rebound- und Verlagerungseffekte umgesetzt werden. Reparaturbetriebe müssen unterstützt und ein Verhaltenswandel vom Besitzen zum Benutzen gefördert werden. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass Forschungsgelder nicht in die Erkundung neuer (risikoreicher) Rohstoffquellen investiert werden, sondern, dass auch in der Forschung wichtige Fragen – wie die nach dem Gelingen einer global gerechten Verteilung knapper Rohstoffe – angegangen werden.

Berlin, den 23.05.2019

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Lia Poltzek
Referentin für Wirtschaft und Finanzen:

Lia.Poltzek@bund.net
Tel. (0 30) 2 75 86-520
www.bund.net

Dr. Rolf Buschmann
Referent Technischer Umweltschutz

Rolf.Buschmann@bund.net
Tel. (0 30) 2 75 86-482